

Bahnfinn und Verbrechen

Wir entnehmen einen Artikel der „Koten Jahne“:

Während Millionen hungern, verätzen die Kapitalisten, genau so wie in der Arlenperiode von 1921, ungeheure Gewinne aus Nahrungsmitteln, um den Preissteigerungen anzuhängen. Die Monopole der Ostseeger Bettebehorde warten schamlos auf eine Krise als einzige Erlösung von allem Uebel. In den Weltkriegen von Norwegen beginnt man abermals, mit Weizen die Kaffeemaschinen und Maschinen zu heizen. Getreide als Brennholz!

Das amerikanische „Farmers Bureau“ propagiert die Einschränkung der Saatlänge um 10 bis 20 Prozent noch innerhalb dieses Jahres. Die brasilianischen Planter lassen gemaltete Kaffeemaschinen verkaufen und ins Meer werfen. Neuerdings ermaßen diese fortgeschrittenen Vertreter der „zivilisierten“ Gesellschaft in tiefstem Eifer den Plan, Millionen Kaffeeplanter mit den Wurzeln aus dem Erdboden herauszureißen. Die Kollegen der brasilianischen Kaffeepflanzer, die brasilianischen Kapitalisten aus Santos beabsichtigen, die gesamte diesjährige Tee-Ernte auf offenem Felde verkaufen zu lassen.

Die Judenindianer verschiedener Länder beschäftigen sich mit dem neuesten Vorbild eines Ingenieurs, der die Selbsttötung bei in den letzten Jahren erfundenen Produktionsmethode zwecks Gewinnung von 100 Prozent Juden aus dem Judentum empfiehlt und hat dessen die Küstchen zu dem alten Fabrikationsverfahren anreißt, bei dem 15 Prozent des Rohwunders verloren geht. Das europäische, ganz besonders das deutsche Judentum, verleiht mit ihrer Angst die Erfolge des neuen Bergbau-Verfahrens, das mit der außerordentlich verbilligten Gewinnung von Judentum aus Holzstücken alle Preise über den Haufen zu heben „braut“.

Millionen Erwerbslose sind außerhande, ihre abgetragene, zeretzte Kleidung zu erneuern. Aber gleichzeitig entfalten das Landwirtschaftsministerium, das Farmers Bureau, die landwirtschaftlichen Hochschulen und Versuchsanstalten der Vereinigten Staaten die heftigste Propaganda für die Einschränkung der Baumwollenerzeugung. Die Baumwollproduzenten an den amerikanischen Börsen sorgen für die planmäßige und systematische

Gagt es allen . . .

daß die Sozialdemokraten Otto Braun und Waentig im Reichstag für die Steuer- und Zollmehrerträge des Bürgerblods gestimmt haben;

daß die gesamte „linke“ SPD-Preise diese Tatsache ihren Werten unterwirft, daß ebenso wie die SPD-Preise auch die Nazi-Journalisten ihren Werten verschönigen, daß die Nazis sämtliche Zollmehrerträge im Reichstag zugestimmt haben;

daß nur die kommunistische Partei gegen den Bürgerblod kämpft!

Verbreitung von Schädlingen und Ungeziefer, namentlich des sogenannten „Koll-Wespen“-Käfers, der die Baumwollentzweige vernichtet.

Die ägyptische Regierung hat bei einer Vereinbarung mit MacDonald beschlossen, in diesem Jahr die Baumwollenernte um ein Drittel einzuschneiden — mit Hilfe einer Einstellung der künftigen Bewässerung für ganze Bezirke! Die holländische Kolonialregierung von Indonesien verleiht mit allen Mitteln die zwangsmäßige Verminderung der Auktionsernte in den zahllosen Kleinwirtschaften der indonesischen Eingeborenen durchzuführen. Die australische Regierung hat in ihr Budget 50 Millionen Pfund Sterling — 70 Millionen Reichsmark! — dafür eingelegt, um ein Drittel der gesamten vorjährigen Wollenernte aus dem Handel auszuscheiden.

Seitliche Vorgänge sehen wir nicht nur in der Agrar- und Kohlenproduktion, sondern auch in zahlreichen Industriezweigen der Weltwirtschaft. Die großen amerikanischen Automobilfabriken geben Tausende von Millionen Dollars aus, um bei ihrer Automobilwerke einen besonderen Fonds für den Kauf und die Vernichtung von Automobilen zu bilden, die nicht von den führenden Fabriken erzeugt wurden. Angesichts des Rückgangs der Weltwirtschaft und des Sinkens der Gradzahlen haben die großen internationalen Schiffahrtsgesellschaften in der letzten Zeit einen großen Teil ihres Linienservice veräußert, wobei — nach den Mitteilungen der Zeitungs-„Wirtschaftsdienst“ — nicht nur alte Schiffe, sondern teilweise die modernsten Motorische, deren Wirtschaftlichkeit außer Zweifel steht, abgeworfen werden.

Das sind einige Beispiele für den bewußt und läßt durchgeführten Sammelzug der kapitalistischen Ausbeuter gegen die Produktionskräfte der Weltwirtschaft. Die Produktionsabgabe der Schmarotzer und Schmarotzer gegen die gesamte arbeitende Menschheit beschränkt sich aber keineswegs auf die hier erwähnten Methoden. Unzählige Erfindungen, verbesserte Fabrikationsverfahren, Mittel zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, werden unweilens gemacht. Die amerikanischen Traktoren, und nicht nur sie, sondern in wachsender Menge auch zum Beispiel die deutschen Kommer, tauschen patentierte Erfindungen und Patente auf, um ihre praktische Anwendung zu verhindern.

Nichts zeigt so deutlich wie diese Tatsache — die man durch andere andere ergänzen könnte — die Richtigkeit des Leninischen Wortes: daß der Kapitalismus der imperialistischen Epoche ein verbrennender, ein verfallender Kapitalismus ist. In Zeiten der Krise treten die Kapitalistenvereinigungen mit besonderer Kraft und Größe hervor. Und niemals in der Geschichte der proletarischen Revolutionen zeigte sich mit so überwältigender Klarheit wie heute der unüberbrückbare, nur durch Klassenkampf lösbare Widerspruch zweier Welten: die Welt des sterbenden, menschenverderbenden Kapitalismus und die Welt der proletarischen Diktatur in der Sozialunion.

Kapitalismus bedeutet: Terror, Krieg, Hunger, Unterdrückung, Vertreibung von Rohstoffen, Lebensmitteln, Industrieprodukten und Arbeitskraft. Proletarische Diktatur bedeutet: Fünfjahresplan, grandiose Entfaltung der Landwirtschaft, fünfjähriges Wachstum der sozialistischen Industrie, höchste Entlohnung der Technik, Aufstieg der Arbeiterklasse, Beteiligung der Erwerbslosigkeit, Erziehung der Ausbeuter, Schmarotzer und Saboteure.

Die Sozialdemokratie kämpft für den Kapitalismus.

Die Kommunisten kämpfen für die proletarische Diktatur.

Im März weist die deutsche Außenhandelsabteilung einen Ausfuhrüberschuss von 220 Millionen auf. Im dem Bericht wird betont, daß eine Steigerung des Exportwertes zu erwarten ist. Der Rückgang der Einfuhr ist ein Spiegelbild des Weltkrisens in Deutschland.

Youngs nationalsozialistische Knechte

Die Thüringische Nazi-Regierung verspricht Durchführung des Youngplans

Der Reichsminister Thüringens, Dr. Frick, hat in einer Erklärung der Thüringischen Regierung zu dem bekannten Konflikt mit der Reichsregierung um gut Wetter gebeten; denn, so merkt er, die Thüringische Regierung habe die „Bedingungen für die Gewährung von Reichszuschüssen für Polizeizwecke niemals verletzt“. Das ist doch sehr klar. Der Nationalsozialist Frick bedeutet also, daß seine Amtsführung absolut dem Youngplan, der Eintreibung der Reparationsbeiträge entspricht. Offener kann der wirtschaftliche Klassenkampf nationalsozialistischer Politik doch nicht mehr weiter enthüllt werden.

Weiter noch. Die Nazi-Regierung ist bereit, über das von ihr geforderte Ermäßigungsrecht, nach welchem sie die Massenheuern willkürlich erhöhen kann, den Staatsgerichtshof einschicken zu lassen. An den Tatsachen läßt sich nicht denken. Die Nazis sind Knechte Youngs, ebenso wie die Sozialfaschisten. Daran müssen die Werttätigen, die bisher glaubten, mit den Hitlerleuten gegen Young kämpfen zu können, die Konsequenzen ziehen. Nur die proletarische Revolution vertritt den Youngplan!

Sie lügen wie die Teufel

Der „S. R.“ Strassers Eigenart, ist bekannt als das Hauptlicht in Sachsen. Keine bürgerliche Presse läßt so plump, wie folgendes Beispiel zeigt.

„Es ist bezeichnend, daß man ausgerechnet zu neuen Massenbeschlüssen greift, um den Fehlbetrag zu decken.“

Das wird geschrieben zu den Bestrebungen, die Gebühre der städtischen Betriebe in Sachsen zu erhöhen und Beamten Stellen zu streichen. Dabei steht fest, daß die Regierung Frick in Thüringen genau dieselbe Politik betreibt wie der Rot der Stadt Braunschweig. Aber auch der sächsische Etat atmet bekanntlich den gleichen Geist der Youngerfüllung, und der Fraktionsredner der Nazis begrüßt diesen Etat der Youngerfüllung. Deshalb sind folgende Zeilen auf der ersten Seite nichts als verlogene Phrasen:

„... mit den Deutschnationalen — auch bei nur indirekter Unterstützung — Erfüllungspolitik zu treiben oder mit der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei den Kampf um die Freiheit weiterzuführen — mit allen Konsequenzen mit allen Mitteln, bis zum Sieg!“

Die Nazis sind ebenso wie Hugenberg Erfüllungspolitiker, ebenso wie die SPD und die übrigen bürgerlichen Parteien. Die einzige Partei, die einen ernsthaften Kampf gegen die Youngpolitik führt, ist die KPD. Sie fordert die werttätigen Massen auf, in Betrieben und Büros Stellung zu nehmen zu den Kampfmaßnahmen und am 1. Mai mit der kommunistischen Partei zu demonstrieren in gewaltigen Massenmärschen gegen den Youngplan, seine offenen und versteckten Verteidiger, Nicht-Kampfbereitschaft, sondern der Kampfbereitschaft selbst, die revolutionäre Kampfbereitschaft der Werttätigen werden den Youngplan zerstören. Den nationalsozialistischen Volksbetrügern muß eine klare Antwort erteilt werden überall, wo sie versuchen, ihren Betrug an den Mann zu bringen.

Streik gegen Lohnsenkung!

Wittenberge, 17. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Montag sind in Wittenberge 110 Weber der Märkischen Tuchfabrik in dem Streik getreten. Sie sollten zu einem wesentlich niedrigeren Lohn arbeiten, lehnten dies aber ab, obwohl die Schlichtungsinstanzen und die Textilarbeiter-Verbandsbürokratie bereits ein Abkommen über den Lohnabbau getroffen hatten.

Die Direktion hat angekündigt, die gesamte Belegschaft von 450 Arbeitern und Arbeiterinnen auszusperrern, wenn der Weberstreik nicht beendet und der Lohnabbau angenommen wird.

Matkomitee in jedem Betrieb!

Nacht's auch in Sachsen so!

Berlin, 17. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Mittwoch fand eine sehr gutbesuchte Erwerbslosenversammlung in Berlin O., in den Androskallen, statt, in der ein Genosse von der revolutionären Gewerkschaftsopposition und Genosse Heinz Neumann über den neuen Wandzug der Brüning-Regierung gegen die Erwerbslosen sprachen. Bei der Diskussion kam der Wille der Erwerbslosen zum Ausdruck, den schärfsten Kampf gegen den Sozialfaschismus und die Brüning-Regierung aufzunehmen. Es wurde ein Matkomitee gebildet, das 11 Erwerbslose umfaßt.

Eine Funktionärerversammlung der Firma Stangmetall AG Berlin, die Stellung nahm zu den Lohnforderungen, beschloß die Bildung eines Matkomitees und einen Aufruf an die Belegschaft, am 1. Mai gemeinsam mit der KPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu demonstrieren.

Die Erwerbslosenversammlung der Bekleidungs-, Textil- und Hutarbeiter nahm eine Matresolution einstimmig an und wählte ein Matkomitee, das 12 Erwerbslose umfaßt.

Wie SPD-Zörgiebel den 1. Mai vorbereitet

Berlin, 17. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Geitern innozen erschienen im Sekretariat des Untergerichts Zentrum 10 Abgeordnete der Abteilung 14. Mit der Begründung,

Für bolschewistischen Zweifrontenkampf

Bezirksleitung des KPD zur innerparteilichen Lage

In einer Sitzung der Bezirksleitung des Kommunistischen Jugendverbandes wurde zur innerparteilichen Lage Stellung genommen und eine Resolution mit 5 gegen 1 Stimme für die Beschlüsse des ZK und des Politbüros beschlossen. In der Resolution, die wir auszusprechen in der Lage, heißt es:

„Das Sekretariat der BV des KPD Sachsen erklärt seine vollkommene Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Plenums des ZK sowie den Beschlüssen des Politbüros der Partei und des Jugendverbandes. Das Sekretariat begrüßt die klare Abgrenzung des Kampfes auf zwei Fronten gegen die rechte opportunistische Gefahr, und die Gefahr des „linken“ Sekterismus. Im KPD ist eine fetterische Abgeschlossenheit von den Massen des Hauptmoments bei Durchführung der Wendung. In Sachsen steht die Frage insbesondere klar vor dem KPD nach der Bezirkskonferenz, bei einstimmiger Annahme des Offenen Briefes eine ernste in der Masse Arbeiter zu beginnen und einen Durchbruch in der Linie der verärrerten Betriebe, und Gewerkschaftsarbeit zu organisieren. ... In diesem Zusammenhang muß hervorgehoben werden, die Notwendigkeit der Steigerung unserer systematischen Arbeit in den teilnehmenden Gewerkschaften. Der Jugendverband muß den größten Wert auf die Bewusstseinsbildung des Stammpfandes legen und Fraktionen der revolutionären Opposition in allen entscheidenden Verbänden schaffen. ... Das Sekretariat der BV Sachsen begrüßt die Maßnahme des Sekretariats der BV des KPD Berlin-Brandenburg gegen dieses rückwärtige Verhalten (sachliche Front) zu machen, um die Beschlüsse des Politbüros, des ZK der KPD und des KPD, zu popularisieren, beschließt das Sekretariat, alle Unterbezirke und Gruppen über diese Fragen zu informieren und alle Kräfte einzusetzen für die Durchführung der Linie der Partei und der Kommintern. Die einstimmige Entscheidung der BV Leipzig für die Linie der Partei ist ein Erfolg im Kampf gegen alle Heberreife „linken“ sektiererischer Gruppen in Leipzig und muß zur höchsten Entfaltung aller Kräfte der Organisation führen. Zu diesem Zweck müssen überall KPD-Sitzungen durchgeführt werden. Des weiteren ist es notwendig, alle zur Diskussion stehenden Fragen vor der Gesamtmitgliederversammlung zu stellen, breite Schulungsarbeit einzuleiten und durchzuführen. Der Jugendverband in Sachsen wird praktisch in der Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai beweisen müssen, daß die Linie der Partei unter Anwendung richtiger Methoden der Einheitsfront breite Schichten der Jugendlichkeit (unorganisierte, organisierte, sozialdemokratische, christliche) mobilisiert.“

Parteilichschlüssen

Bezirksleitung des KPD - Delegierten-Konferenz 1 (Dresden) nahm mit 24 Stimmen bei einer Stimmenthaltung folgende Entscheidung an.

eine Jollenzeitung zu leihen, schmückten sie drei Stunden lang alles durch. Von den Schließmaschinen nahmen sie Schriftproben. Alle im Sekretariat anwesenden Genossen wurden namentlich festgehalten. Zum Schluß wurde ein Abschapparat für beschlagnahmt erklärt. Gegen die Beschlagnahme des Apparates wurde sofort Protest erhoben. Die Arbeiter werden auf diesen neuen Schandstreich Zörgiebel's am 1. Mai die Antwort geben und sich in Massen an der Demonstration der KPD beteiligen.

Die Rache der Bourgeoisie

Kiejaer Arbeiter wegen der Vorgänge am 6. März verhaftet

Bekanntlich ist es in Kieja anlässlich der Vorgänge am Erwerbslosenitag am 6. März zu schweren Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und der Polizei gekommen.

Durch das provokatorische Auftreten der Polizei kam es zu diesen Zusammenstößen, in denen Verletzte Arbeiter schwer mißhandelt wurden.

Am Montag dem 14. April früh wurden, wie uns mitgeteilt wird, vier Kiejaer Arbeiter aus ihren Betten heraus verhaftet, obwohl diese an den Zusammenstößen mit der Polizei nicht beteiligt waren. Es handelt sich um die Arbeiter Schaal, Bendit, Webers und Stange.

Die verhafteten Arbeiter sind aller Wahrscheinlichkeit nach Dresden abtransportiert worden, wo man ihnen den Prozeß machen will.

Diese Verhaftung ist nichts weiter als ein Willkürakt und der Ausdruck der Angst vor der marschierenden Arbeiterkraft. Die Bourgeoisie will sich für die gewaltigen Demonstrationen, die die Arbeiterkraft am 6. März veranstaltete, rächen.

Protestiert gegen die Gewaltmaßnahmen fordert in allen Betrieben und Gewerkschaften die Freilassung der verhafteten Kiejaer Arbeiter.

KPD-Arbeiter! So macht es überall!

In Kieja am Main, Bezirk Korbhanern, sind 10 Arbeiter aus der SPD ausgetreten. Davon haben 16 Arbeiter und Arbeiterinnen am 12. April eine Ortsgruppe der Kommunistischen Partei gegründet. Von den neuen Kämpfern in den Reihen der Partei waren 5 über 10 Jahre, einer 18 Jahre Mitglied der SPD. Die Stimmung unter den Abgelassen ist so, daß mit weiteren Eintritten in die KPD gerechnet werden kann.

Die Delegiertenkonferenz des Verwaltungsbezirks Dresden 4 stellt sich vollinhaltlich hinter die Beschlüsse der Bezirksleitung Sachsen vom 14. April und verpflichtet sich, alle Kräfte der Partei zur Durchführung der Beschlüsse des Politbüros und des ZK zu mobilisieren.

Sie weist jeden Versuch, die Einheit der Partei durch fraktionelle Vorhänge zu zerstören, entschieden zurück und betont, daß größte Geschlossenheit zur Durchführung der gewaltigen Aufgaben notwendig ist.

Im Verwaltungsbezirk Dresden-Neustadt wurde in der Parteiarbeiterversammlung folgende Entscheidung angenommen:

Die Parteiarbeiterversammlung Dresden-Neustadt stellt sich hinter die Beschlüsse der Erweiterten BV Sachsen zum Fall des Genossen Merker. Sie erklart im Zweifrontenkampf gegen alle rechten opportunistischen und linksfetterischen Abweichungen von der bolschewistischen Linie eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Eroberung der Arbeiterklasse.“

Das Abstimmungsergebnis ist: 21 dafür, 5 dagegen, 2 Enthaltungen.

Verwaltungsbezirkleitung Dresden I weist Angriffe auf die Linie der Partei zurück.

Geitern nahm die Erweiterte Verwaltungsbezirksleitung Dresden I zu der innerparteilichen Lage und den Aufgabenstellung und stimmte gegen nur 3 Stimmenthaltungen für folgende Resolution. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß zwei Genossen, die noch in der Roll-BV gegen die Resolution der Bezirksleitung stimmten, geitern ausdrücklich ihre Zustimmung gaben.

Resolution

Die Erweiterte Leitung des Verwaltungsbezirks Dresden I der KPD stellt sich vorbehaltlos auf den Boden der vom ZK und dem Märzplenum des ZK gefassten Beschlüsse und der Resolution der BV vom 14. April. Der fraktionelle Vorstoß des Genossen Merker, nachdem er dem Beschlüsse des ZK über den notwendigen Kampf gegen beide Fronten der Abweichungen vom Leninismus zustimmte, wird verurteilt und sein Standpunkt als sektiererische Abweichung vom Leninismus zurückgewiesen. Die BV fordert alle Mitglieder auf, die Arbeit in den Betrieben und Massenorganisations zu verstärken, um die entscheidenden Schichten des Proletariats für den Kommunismus zu erobern.“

Die Jollenkongress von Kieja, Dresden, gab den Beschlüssen des ZK und der BV einmütig ihre Zustimmung und gelobte, gegen jede Abweichung von der bolschewistischen Einheitsfronten anzukämpfen.